



KAPER BRIEF

Freiheit	2-3
Mitspracherecht	4
Perspektive Wahlen 2013	5
Kandidaten für Hessen	6-8
Lobbyismus und Filz	9
Kandidaten für den Bund	10-11

ZUHÖREN

STATT ABHÖREN

FREIHEIT SCHÜTZT MAN NICHT, INDEM MAN SIE ABSCHAFFT.



KOMMUNIKATIONSGEHEIMNIS

Das Briefgeheimnis hat sich bewährt. Außer dem beabsichtigten Empfänger darf nur in seltenen Ausnahmefällen jemand einen Brief öffnen. Insgesamt haben wir die Erfahrung gemacht, dass diese Regel funktioniert.

Daher fordern wir eine vergleichbare Regel auch für elektronische Kommunikation. Die Missbrauchsmöglichkeiten sind bei dieser sogar eher geringer als bei Postsendungen, da schließlich nur Informationen statt stofflicher Sachen transportiert werden.

Die vergleichsweise strengen Anforderungen an das Öffnen von Post müssen gleichwertig auf elektronische Kommunikation übertragen werden. Das gilt für E-Mails genauso wie für Nachrichten in Messengern, Foren-Posts oder nicht öffentliche Profile bei sozialen Netzwerken.

Ebenso war und ist es selbstverständlich möglich, Briefe zu verschicken, ohne einen Absender anzugeben. Dieses Recht soll für digitale Post ebenfalls bestehen und darf keinesfalls durch Verpflichtungen zu einer Vorratsdatenspeicherung eingeschränkt werden.

Wir alle werden ausspioniert. Heimlich und automatisiert überwachen Geheimdienste unsere Kommunikation. Das ist klar, seitdem Edward Snowden das Spionageprogramm PRISM aufgedeckt hat. Bewährte und grundlegende Freiheitsrechte wie das Briefgeheimnis werden außer Kraft gesetzt. Wir PIRATEN wollen einen Paradigmenwechsel.



CLOUD-SPEICHERDIENSTE

Die eigene Wohnung ist ein besonders geschützter Raum. In diesen darf nur unter engen Voraussetzungen eingegriffen werden. Wohnungsdurchsuchungen sind nur mit richterlichem Beschluss und niemals heimlich erlaubt.

Auf diese Weise wird die Privatsphäre geschützt, denn eine Wohnung erlaubt viele Rückschlüsse auf Lagen wie Tagebücher, Adressbücher, Fotoalben, Büchersammlungen, Medikamentenrezepte oder privater Schriftverkehr.

Der Trend, viele dieser Dokumente auf Online-Speichern (in der Cloud) oder im Speicher des eigenen Mobiltelefons abzulegen, darf diese Grundrechte nicht aushöhlen. Daher muss auch die „Durchsuchung“ oder „Beschlagnahme“ von privaten Daten, die außerhalb der eigenen Wohnung gespeichert sind, strengen Regeln unterliegen und darf niemals heimlich geschehen.



NETZNEUTRALITÄT

Im Straßenverkehr haben alle Verkehrsteilnehmer die gleichen Rechte. Die Vorfahrt entscheidet sich nicht danach, wo jemand hinfahren möchte oder mit wem diese Person in einer Geschäftsbeziehung steht. Auch die Post befördert Briefe gleichberechtigt von jedem Sender zu jedem Empfänger. Man kann sich zwar ein schnelleres Auto kaufen, aber eben nicht das Privileg, auf einer bestimmten Route (und nur zu den Geschäftspartnern des Autohauses) besonders schnell fahren zu dürfen.

So ähnlich sollte es auch im Internet sein: Natürlich gibt es unterschiedlich schnelle Zugänge und wer bereit ist, mehr Geld auszugeben, kann sich oft den schnelleren Zugang verschaffen. Der Internetanbieter darf aber keine Vorfahrt für bestimmte Inhalte gewähren.

Leider bieten bereits die ersten Provider eine Sonderbehandlung von Netzverkehr, der zu einem bestimmten Geschäftspartner führt, obwohl der Aufwand für die Bereitstellung von Bandbreite in jedem Fall gleich ist. Eine solche Preisdifferenzierung setzt keine sinnvollen wirtschaftlichen Anreize, sondern kann höchstens dafür benutzt werden, die Vorherrschaft bestimmter Anbieter zu zementieren. Darunter leidet die Möglichkeit, frei zu kommunizieren und sich zwischen verschiedenen (Inhalts-)Angeboten zu entscheiden. Daher fordern wir, dass der Gesetzgeber Netzneutralität – im Sinne der Gleichbehandlung aller Inhalte unabhängig von der Identität der Kommunikationspartner – verbindlich vorschreibt.



CC-BY-SA Anja Neumann



REDEFREIHEIT

Grundsätzlich kann jeder alles sagen. Unter Umständen ergeben sich daraus dann strafrechtliche Folgen (z.B. bei Beleidigungen, bei Betrug oder Verbreitung von falschen Behauptungen). Dies wird aber höchstens nachträglich geprüft. Eine Vorabkontrolle der gesprochenen Rede findet nicht statt. Wie sollte ansonsten eine anständige Diskussion möglich sein, wenn jeder Satz zwischendurch erst irgendjemanden zur Genehmigung vorgelegt werden müsste...

Das Gleiche muss auch online möglich sein. Daher dürfen Haftungsregeln auf keinen Fall so ausgelegt sein, dass Anbieter motiviert werden, die Beiträge ihrer Kunden vorab zu prüfen. Wer einer anderen Person die Gelegenheit zum Reden (oder Schreiben) gibt, darf nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was diese andere Person sagt (oder schreibt). Ganz im Gegenteil müssen auch Menschen, die niemandes Vertrauen genießen, am Meinungsaustausch teilnehmen dürfen.



LEBEN DÜRFEN

MITMACHEN DÜRFEN

DÜRFEN DÜRFEN

PIRATEN verstehen die Gesellschaft als einen Verbund von Menschen, die in gegenseitiger Verantwortung dafür einstehen, dass jeder Bürger sein Leben in Würde, selbstbestimmt und ohne Angst führen kann. Dazu gehören Chancengleichheit und die Möglichkeit zur Teilhabe am sozialen, politischen und kulturellen Leben ebenso wie die freie Entfaltung des Individuums. Auch ungewöhnliche Lebenskonzepte sollen einen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Die Möglichkeit zur freien Entfaltung, Teilhabe und einem Leben in Würde darf nicht von Bedingungen abhängig sein oder durch den ökonomischen Nutzen des Einzelnen relativiert werden. Wir PIRATEN wenden uns daher gegen Benachteiligung, Diskriminierung und Ausgrenzung jedweder Art.

Aufgabe staatlicher Gesellschaftspolitik ist es, die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse seiner Bürger zu sichern und Interessenkonflikte auszugleichen. Dabei verstehen wir Piraten den Staat als Dienstleister und nicht als normative Kraft. Die Achtung der Rechte und grundlegenden Bedürfnisse eines Jeden muss Leitgedanke seines Handelns sein. Fehlende existentielle Sicherung, Chancengleichheit und mangelnde Möglichkeiten zur Teilhabe gefährden den sozialen Frieden; die oft entwürdigende Behandlung durch Behörden schafft eine zunehmende Distanz zwischen den Bürgern und dem Staat. All dies bedroht den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Ordnung.



LEBEN OHNE EXISTENZANGST

Wie wäre es, wenn du deine Kreativität, deine Talente und Erfahrungen nach deinen eigenen Vorstellungen einsetzen könntest? Wenn du – mit der Gewissheit, dass für deine grundlegenden Bedürfnisse gesorgt ist – dir frei eine Arbeit suchen kannst, die dir entspricht und deren Arbeitsbedingungen du für menschenwürdig erachtst? Wenn du keine Angst davor haben müsstest, wegen deiner Entscheidung von einem Amt sanktioniert zu werden? All dies wäre mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) möglich!

Wir PIRATEN sind davon überzeugt, dass Menschen ihre Fähigkeiten zum Wohle ihrer selbst ebenso wie der Gemeinschaft einsetzen – wenn man sie nur lässt und nicht durch rigide Strukturen in ihrer Entfaltung behindert.

Freie Software und Dienste wie Wikipedia sind Beispiele für Produkte, die Menschen lediglich aus innerem Antrieb und ohne Bezahlung geschaffen haben. Arbeit ist nach unserem Verständnis zudem nicht zwangsläufig gleichzusetzen mit Erwerbsarbeit: Alles, was der Gesellschaft zu Gute kommt, wie zum Beispiel der Dienst an der Familie, kulturelles Schaffen oder ehrenamtliche Betätigung, verdient entsprechende Anerkennung.

Mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen wäre mehr solchen Engagements möglich. Jeder Bürger erhielte monatlich einen Betrag zur Sicherung seines Lebensunterhalts. Dadurch würde er befähigt, frei zu entscheiden, welchen Tätigkeiten er nachgehen möchte; auch könnten Arbeitnehmer mit Arbeitgebern endlich auf Augenhöhe über Löhne und Arbeitsbedingungen verhandeln, statt wie bisher durch drohende Armut und Angst vor Sanktionen erpressbar zu sein. Dies würde den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft von Grund auf verändern.

Das Thema BGE auf die Ebene von Landtagen, den Bundestag und in europäische Gremien zu tragen und so eine breite Diskussion in unserer Gesellschaft zu entfachen, ist das Ziel der PIRATEN. Insbesondere muss auch die konkrete Höhe des BGE in transparenter Weise berechnet werden und ein Verfahren zur Anpassung der Höhe an geänderte Lebenshaltungskosten und gesellschaftliche Bedingungen enthalten. Letztendlich soll das BGE mittelfristig das jetzige Sozialsystem vollständig ablösen.



STELL DIR VOR, DU WIRST GEFRAGT...

... ob du damit einverstanden bist, dass unser Trinkwasser privatisiert wird und was zu tun ist, um die Energiekosten niedrig zu halten. Oder wer der nächste Bundespräsident sein soll und was mit deinen privaten Daten passiert. Es geht um dein Mitspracherecht!

Die parlamentarische Demokratie ist eigentlich eine bequeme Sache. Man geht alle vier oder fünf Jahre wählen und verhilft einer politischen Gruppe zur Macht. Diese setzt sich fortan für die von den Bürgern gewünschten Belange ein. So weit die Theorie. Kommen wir zur Wirklichkeit.

Vier oder fünf Jahre lang hat nun der Wähler Gelegenheit, sich zu ärgern: Über Parteien und Politiker, die ihre Wahlversprechen nicht halten, die Probleme der Bürger nicht zu kennen scheinen und nichts dafür tun, dass die Verhältnisse sich zum Besseren wenden. Die Gruppe der Nichtwähler wächst rasant. Menschen wenden sich ab von der bloßen Behauptung des Mitwirkenkönnens durch Wahlen, die sich niemals erfüllt.

Was wäre, wenn du direkt Einfluss auf die Politik nehmen könntest – jederzeit, im Bund, im Land und in deiner Kommune – und das bei allen Themen, die dir wichtig sind?

PIRATEN setzen sich genau dafür ein. Wir verstehen unter Demokratie, dass

die Macht tatsächlich beim Volk, in den Händen jedes Einzelnen liegt. Unsere Aufgabe sehen wir darin, Werkzeuge zu entwickeln und zu fördern, die basisdemokratische Entscheidungsfindung ermöglichen.

Als Beispiel für ein solches Werkzeug seien Bürgerentscheide genannt. Wir hessischen PIRATEN setzen uns für eine Senkung der Hürden bei Volksabstimmungen auf jeder Ebene ein. Wichtige Themen, die uns alle betreffen, gibt es in Hülle und Fülle. Was alle Menschen brauchen, ist z.B. Zugang zu sauberem Wasser, eine beheizte Wohnung, Verkehrsmittel, die Kinder sicher in die Schule und dich zur Arbeit bringen, freien Zugang zu Informationen, gesunde Lebensmittel, reine Luft zum Atmen... Die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Und nun zurück zum Gedankenspiel „Was wäre, wenn...“:

KEINE BILDUNG IST ZU TEUER!

Was wäre, wenn es Chancengleichheit für alle Menschen gäbe? Wenn jeder freien Zugang zu jeglicher Form von Wissen und Information hätte? Stell dir vor, jeder Mensch könnte an Bildung teilhaben – unabhängig vom sozialen, kulturellen oder religiösen Hintergrund.

Mangelnde Bildung erzeugt nicht nur Arbeitsplätze, die an der Armutsgrenze entlohnt werden – sie führt auch dazu, dass fragwürdige soziale und ethische Sichtweisen zu immer massiveren Problemen in unserer Gesellschaft führen.

Der Wandel hin zu einer Welt der digitalen Informationsbeschaffung muss in den Schulen berücksichtigt werden. Unsere Kinder brauchen mehr Lehrer und zwar solche, die kompetent im Umgang mit den neuen Medien sind.

PIRATEN setzen sich für frökhkindliche Förderung und kostenfreie Kita-Plätze ein. Familie und Beruf dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen – finanzielle Überlegungen sollen beim Schul- und Kitabesuch keine Rolle spielen.

Stell dir vor, du könntest deinen Neigungen, Stärken und Schwächen entsprechend lernen und du würdest, individuell auf dich zugeschnitten, in deinen Begabungen gefördert. Deine Schwächen würden abgebaut und du hättest die Chance, neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken! Eine individuelle Förderung der Kinder schafft Freiräume für deren Persönlichkeitsentwicklung. Sie ist eine unverzichtbare Investition in die nachfolgenden Generationen. Wir wollen erreichen, dass deine Kinder eine Zukunftsperspektive haben – weil keine Bildung uns zu teuer ist!

WIR WOLLEN DEINE MEINUNG, DEINE MITARBEIT – NICHT NUR DEINE STIMME!

LIEBE HESSEN!

Am 22. September habt Ihr wieder die Wahl. Mit vier Kreuzen entscheidet Ihr, wie sich die Politik in Deutschland und für Hessen in den nächsten Jahren gestalten wird. Allerdings

reicht es uns Piraten nicht, dass Ihr nur alle paar Jahre gefragt werdet, wie sich unsere Gesellschaft entwickeln soll.

In Hessen wollen wir die Politik in eine Richtung verändern, in der Ihr nachvollziehen könnt, wie im Landtag Entscheidungen getroffen werden. Mit einer offenen Arbeitsweise wollen wir die Entscheidungen in Ausschüssen transparenter gestalten, offenlegen, welche Lobbys Beteiligung fanden, und schließlich als Anträge im Plenum abgestimmt werden. Dazu zählt auch unsere Forderung nach der umfassenden Offenlegung der Einkommensverhältnisse aller Parlamentarier.

Allerdings sollte auch nicht einfach alles über Euren Kopf hinweg entschieden werden. Als Piraten stehen wir auf ganz vielfältige Weise für die Mitbestimmung aller Mitmenschen an Entscheidungen, die Euch entweder regional oder uns alle hessenweit betreffen. Im Zusammenspiel mit verständlich aufgearbeiteten und neutralen Informationen wollen wir Entschlüsse öfter zurück in Eure Hand geben. Indem Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide gesenkt oder Petitionen über das Internet zeichenbar werden, soll Eure Stimme

dauerhaft und einfacher mehr Gewicht in der alltäglichen Politik finden.

Egal ob in den Bereichen Bildung, Innen- und Netzpolitik, Energie, Umwelt, Inklusion, Gesundheit oder Soziales, überall stellen Piraten die Teilhabe aller Hessen in den Mittelpunkt. Unsere Positionen sind davon geprägt, die individuelle Freiheit und Entfaltung des Einzelnen zu stärken, aber nie die Solidarität aller zu vernachlässigen. Nachhaltigkeit und moderne Ideen in einer zunehmend vernetzten Welt, die Achtung Eurer Rechte durch staatliche Organe, der freie Zugang zu Wissen und die Förderung der Kultur sind für uns wesentliche Eckpfeiler einer auf die Zukunft ausgerichteten Politik.

Auch wenn wir Piraten am Ende vielleicht nicht Eure Wahl sein werden: Nutzt Euer im Grundgesetz verbrieftes Recht, wählen zu dürfen. Nehmt Einfluss auf die Politik in Hessen und Deutschland für die kommenden Jahre, auch wenn es Euch reichen sollte, nur vier Kreuze an diesem Sonntag im September zu setzen. Nun aber wünsche ich Euch erst einmal viel Spaß mit diesem Kaperbrief.

André Hoffmann
Spitzenkandidat für den hessischen Landtag

PERSPEKTIVE WAHLEN 2013

GESPRÄCH MIT VOLKER BERKHOUT

VOLKER BERKHOUT

Foto: CC-BY-SA 3.0 Bartjez

Kaperbrief (KB): Was machst Du beruflich und darüber hinaus?

Volker Berkout (VB): Ich bin 31 Jahre alt, von Beruf Wirtschaftsingenieur und arbeite im Bereich Windenergie. Ich lebe seit 2009 in Kassel und bin seit den Kommunalwahlen 2011 Mitglied in der Regionalversammlung Nordhessen. Ich bin gerne mit dem Rad unterwegs und spiele Basketball, wenn dafür noch etwas Zeit bleibt.

KB: Warum bist du in der Piratenpartei aktiv und warum kandidierst du für den Bundestag?

VB: Ich bin politisch aktiv geworden, als sich alle großen Parteien einig waren, dass der Staat monatelang speichern sollte, wer mit wem, wann und wo kommuniziert. Das war bei der Einführung der Vorratsdatenspeicherung 2008. Die Piratenpartei habe ich über das Plakat „Nicht die Politiker sollen die Bürger, sondern die Bürger die Politiker überwachen“ bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg kennengelernt. Seitdem bin ich regelmäßig für die Piraten aktiv und begeistert davon, was durch die gute Vernetzung alles möglich ist.

Mit den Themen Grund- und Bürgerrechte und dem freien Zugang zu Wissen haben wir PIRATEN die wichtigsten Themen der kommenden Jahre erkannt. Wir brauchen in diesen Themen dringend einen Paradigmenwechsel: Ein Mehr an Überwachung vergrößert das Risiko, dass die Befugnisse missbraucht werden. Angesichts der technischen Möglichkeiten von Überwachung ergeben sich daraus immense Gefahren für unsere Freiheit. Wir brauchen nicht immer mehr Kontrolle und immer mehr Zentralisierung von Macht, sondern wir müssen Einfluss und Verantwortung auf viele Köpfe verteilen.

Die zweite wichtige Erkenntnis, die sich in der Gesellschaft durchsetzen muss ist: Kopieren verdoppelt. Der Nutzen von Wissen vermehrt sich, wenn man es teilt und somit öfter anwendet. Urheber- und Patentrechte verhindern dies meist zum Vorteil von großen Konzernen oder Verlagen und zum Nachteil von kleinen und mittelständischen Betrieben und großer Teile der Gesellschaft.

KB: Warum muss die Piratenpartei deiner Meinung nach in die Parlamente einziehen?

VB: Die Wähler haben bei dieser Wahl die große Chance, das Parteiensystem endlich mal wieder in Bewegung zu bringen. Unsere Themen Grundrechte, Teilhabe und der Umgang mit Wissen und Information werden die Zukunft dieser Gesellschaft entscheidend prägen. Welche Partei setzt sich sonst gegen Terrorhysterie und gegen neue Unsicherheitsgesetze und gegen den Raubbau an den Grundrechten ein? Wir brauchen angesichts der Schere zwischen Arm und Reich dringend neue Ideen, um die gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitbestimmung zu erweitern. Der Staat muss transparenter gestaltet werden, damit Fehlentscheidungen verhindert und Korruption und Lobbyismus aufgedeckt werden können. Dafür stehen die Piraten.

KB: Was sind Deine eigenen politischen Schwerpunktthemen?

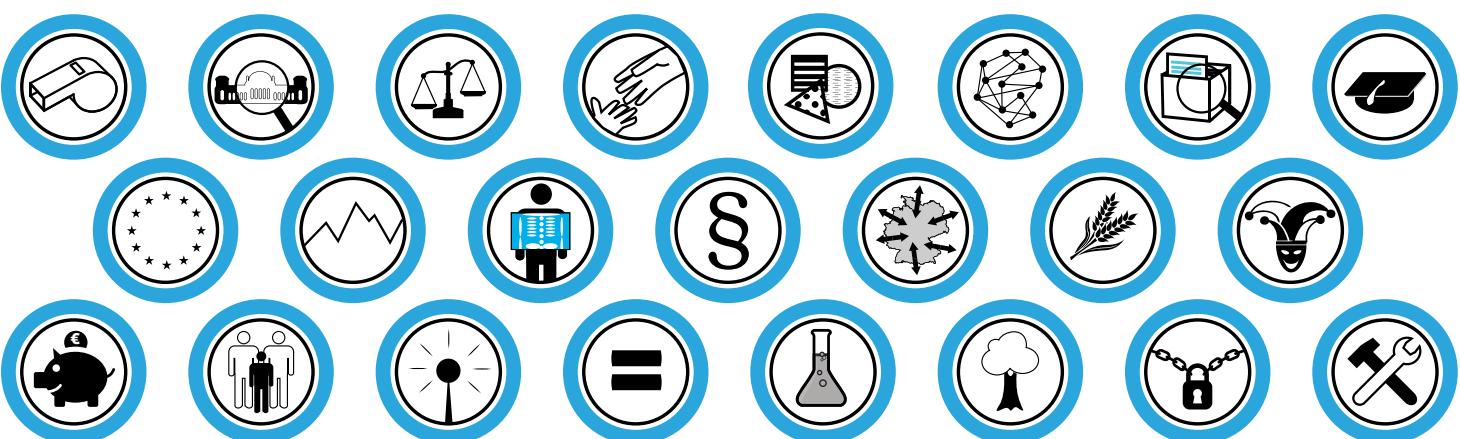
VB: Für mich sind die Kernthemen der Piraten sehr wichtig. Freiheit schützt man nicht, indem man sie abschafft. Mehr Überwachung verhindert keine Verbrechen, aber sie führt mit Sicherheit in den Überwachungsstaat. Das erkennen immer mehr Menschen



Volker Berkout ist hessischer Spitzenkandidat für den Bundestag

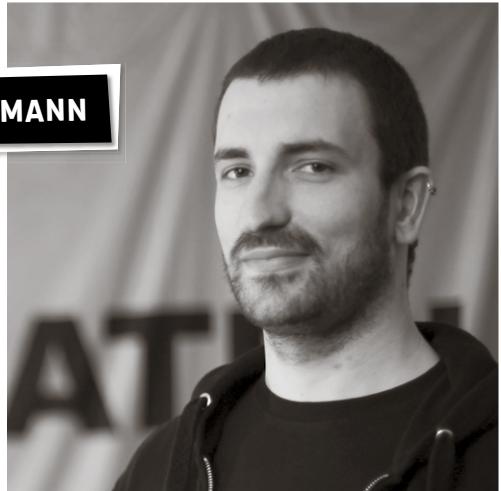
und es ist unsere große Aufgabe, dass die Politik hier eine Kehrtwende macht. Darüber hinaus liegt mir die Energiewende am Herzen. Der Ausbau von Wind- und Solarenergie geht schnell voran. Nun tauchen die ersten Herausforderungen auf, wie wir die Fragen des Transports und der Speicherung lösen. Dafür wird es nach der Wahl Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz geben. Wir müssen dafür sorgen, dass die Förderung nicht nur die Einspeisemenge berücksichtigt, sondern auch, ob der Strom zu dem Moment gebraucht wird, dass immer genug Kraftwerke bzw. Speicherkapazitäten am Netz sind und überflüssige Subventionen vermieden werden.

Fracking hat übrigens keinen Platz im Energiemix. Das Thema ist in Hessen noch nicht erledigt. Ich setze mich dafür ein, dass der Schutz von Wasser und Böden Vorrang vor dem Gewinnstreben Einzelner hat und nicht durch Fracking gefährdet wird. Verbindliche Regelungen für künftige Anträge auf Fracking gibt es in Hessen bis jetzt nicht. In der Regionalversammlung Nordhessen habe ich deshalb Anträge zum großflächigen Ausschluss von Fracking gestellt. Im Bundestag werde ich mich für eine Änderung des Bergrechts einsetzen, die die Rechte der Bürger vor Ort stärkt und den Schutz von Wasser und Boden sichert.



UNSERE LISTE FÜR DIE L

#1 ANDRÉ HOFFMANN



IT-Systemkaufmann | Rüsselsheim

Schwerpunkte: Datenschutz, Netzpolitik, Bürgerbeteiligung

„Die Piratenpartei muss in den Landtag einziehen, damit politische Entscheidungen endlich nachvollziehbar gestaltet und die Beteiligungshürden der politischen Mitgestaltung für alle Hessen gesenkt werden.“

#2 STEFAN SCHIMANOWSKI



IT-Systemadministrator | Frankfurt am Main

Schwerpunkte: Sportpolitik, Integration, Gesundheitspolitik

„Von einem Einzug im hessischen Landtag erhoffe ich mir vor allem, den Bürgerinnen und Bürgern bessere Einblicke in die Prozesse hessischer Landespolitik gewähren zu können.“

#3 ERNST-JOACHIM PREUSSLER



Dipl.-Informatiker | Hattersheim am Main

Schwerpunkte: Bürgerbeteiligung, Transparenz, Wirtschaft und Verkehr

„Die Piratenpartei muss in den Landtag einziehen, weil das digitale Zeitalter von keiner anderen Partei verstanden wird.“

#4 EMANUEL SCHACH



Rechtsanwalt | Erlensee

Schwerpunkte: Justizpolitik, Innenpolitik, Bürgerbeteiligung

„Die Piratenpartei muss in den Landtag einziehen, damit neben der Wirtschaft endlich auch die Menschen in Hessen eine Lobby bekommen.“

LANDTAGSWAHL HESSEN

#5 SEBASTIAN GREINER

IT-Consultant | Frankfurt am Main
 Schwerpunkte: Bürgerbeteiligung, Bildung

„Aktuell ist der Kampf um Bürgerrechte, Privatsphäre und Freiheit im Netz nötiger denn je. Mehr Öffentlichkeit und Offenheit durch Live-Übertragung von Ausschusssitzungen sind eines meiner persönlichen Ziele.“



#6 JUERGEN ERKMANN

Kaufmann im Einzelhandel | Frankfurt am Main
 Schwerpunkte: Datenschutz, Arbeitnehmerrechte, Transparenz

„Die Piratenpartei muss in den Landtag einziehen, weil nur bei ihr Bürgerrechte oberste Priorität haben und sie sich für eine Demokratisierung des Parlaments überzeugend einsetzt.“



#7 KEVIN CULINA

CC-BY-SA 3.0 Bartjez

Student | Dreieich (Kreis Offenbach)
 Schwerpunkte: Asyl & Migration, Innenpolitik, Geschlechtergerechtigkeit

„Die Piratenpartei muss in den Landtag einziehen, um Menschen- und Bürgerrechte auszubauen und allen Menschen ein selbstbestimmtes und freies Leben zu garantieren.“



#8 RALF PRASCHAK

Dipl.-Medieninformatiker | Gießen
 Schwerpunkte: Transparenz, Bürgerbeteiligung, Lobbyismus, Fluglärm, Energiewende

„Die Piratenpartei muss in den Landtag einziehen, damit gerade auch in Hessen die Alternativlosigkeit der härtesten Demokratie-Simulation der etablierten Parteien beendet wird und den Bürgern ihre verfassungsmäßige Souveränität zurückgegeben wird.“



#9 VIKTORIA KLAUS

Studentin | Nidda (Kreis Wetterau)
 Schwerpunkte: Transparenz, Bürgerbeteiligung

„Die Piratenpartei muss in den Landtag einziehen, damit Politik gemeinsam mit den Menschen gemacht wird.“



LANDTAGSLISTE HESSEN #10-14

#10 CHRISTOPH HAMPE

Immobilienkaufmann | Rodgau (Kreis Offenbach)

Schwerpunkte: Inklusionspolitik, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, Kommunalpolitik

„PIRATEN müssen in den Landtag, weil alle anderen von dieser Bürgerbeteiligung und Transparenz reden, wir diese Wörter aber wirklich mit Leben füllen!“



#11 CHRISTIAN FLEISSNER

© Jörg Wagner

Mediator, Tonmeister | Gießen

Schwerpunkte: Soziales, Kultur

„Wir brauchen die Piraten im Landtag als Aufpasser und Stachel im System - damit die Politik kontrolliert wird, statt selber immer mehr zu kontrollieren.“

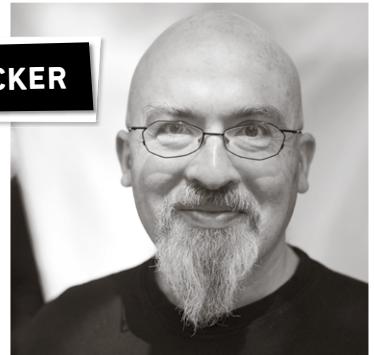


#12 NORBERT RÜCKER

Dipl.-Finanzwirt (FH) | Weiterstadt

Schwerpunkte: eGovernment, Kommunalpolitik

„Die Piratenpartei muss in den Landtag einziehen, weil Politik für die Menschen wieder vor Ort stattfinden soll. In der Vergangenheit ist das Gegenteil gemacht worden. Den Kommunen wird die Luft zum Atmen genommen, um für Menschen arbeiten zu können.“



#13 CHRISTIAN HUGARD

Softwareentwickler | Kelsterbach

Schwerpunkte: Urheberrecht, Datenschutz, Netzpolitik

„Die Piratenpartei muss in den Landtag einziehen, weil mit den etablierten Parteien kein Abrücken von immer neuen, aberwitzigen Überwachungsprojekten zu erwarten ist.“



#14 DENIZ YILDIRIM

Immobilienkaufmann | Kelsterbach

Schwerpunkte: Überwachung, Fluglärm, Integrationspolitik

„Die Piratenpartei muss in den Landtag einziehen, um Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung in Hessen weiter auszubauen.“



LOBBYISMUS UND FILZ IN HESSEN

SO INTRANSPARENT WIE ÜBERALL

Wenn Gesetze verabschiedet werden, neue Steuererhöhungen oder -senkungen beschlossen werden, wenn Versicherungsmodelle staatlich gefördert werden oder sich für bestimmte Projekte eingesetzt wird, dann, denkt der Bürger, sollte das immer im Sinne der Allgemeinheit geschehen. Doch nicht immer ist das der Fall. Denn oft profitieren davon kleine Interessengruppen und Verbände, die den Politikern geschickt ihre Meinung als die ihre untergejubelt haben. Das geschieht natürlich nicht öffentlich, sondern hinter verschlossenen Türen. Es ist nicht klar, wer warum was beschließt und wer darauf Einfluss genommen hat. Das ist im großen Stil im Bundestag so, das ist auch im hessischen Landtag nicht anders.

Manchmal kann man erahnen, wer die Finger im Spiel hatte. Hinterher. Wenn also ein Ministerpräsident wie Roland Koch (CDU) einen Auftrag an Bilfinger Berger vergibt und nach seiner politischen Karriere zu dem Konzern wechselt, kann man davon ausgehen, dass da schon immer recht gute Beziehungen bestanden haben. Die hessische CDU hat vielleicht nicht umsonst einen Boykott des Portals abgeordnetenwatch.de beschlossen: Man werde auf abgeordnetenwatch.de keine Bürgerfragen beantworten, denn als „demokratisch gewählte Abgeordnete stellen wir an uns den Anspruch, auch ohne einen Vermittler für die Bürger ansprechbar zu sein“. So die offizielle Begründung. Gut, weil die Bürger halt oft auch nicht gar so hartnäckig nachfragen...

Und gut, weil dann so seltsame Konstellationen nicht auf den Tisch kommen wie die vom hessischen CDU-Fraktionschef Holger Bellino, der zugleich Abgeordneter und Berater großer Firmen ist. Er versorgt die Firmen mit dem Insiderwissen,

die Firmen haben ihn als Ansprechpartner in der Politik. Wie praktisch. Auch Ministerpräsident Volker Bouffier steht im Ruf, mit der Lobby Pro Fraport Hand in Hand zu arbeiten. Denn der verteidigt hartnäckig den Ausbau des Flughafens, zum Frust vieler Anwohner, denen er sagt, dass er bei Fluglärm lieber auf leise Flugzeuge setzen würde. Aber das hat er ja leider nicht in der Hand, da müssten die Fluglinien ran. Und weg ist das Problem.

FILZ ALLERORTEN

SPD und Grüne sind der Meinung, dass Bouffier (seinerzeit Innenminister) und Boris Rhein (damals Staatssekretär) bei der Ernennung ihres Parteifreunds Hans Langecker zum Chef der hessischen Bereitschaftspolizei im Sommer 2009 gegen das Recht verstießen. Der ist zwar nicht mit irgendwem verwandt, aber auch das Einstellen von Freunden hat so einen gewissen Amigo-Ruch. „Bouffier hatte Langecker einem anderen Bewerber vorgezogen, dem Vizepräsidenten der Bereitschaftspolizei, Wolfram Ritter. Nach einem Auswahlverfahren entschied sich Bouffier 2008 für Langecker, wogegen der unterlegene Wolfram Ritter erfolgreich vor Gericht zog. Trotzdem berief die Regierung im Juli 2009 Langecker. Nach ihrer Darstellung gab es davor ein neues Auswahlverfahren, das aber nicht richtig dokumentiert wurde“, schreibt die Frankfurter Rundschau (17. Januar 2013). Tja, das mit der Dokumentation ist aber auch immer so lästig. Die Rot-Grünen sind übrigens nicht besser, nur derzeit nicht an der Macht. Als das noch der Fall war, hievte der grüne Justizminister Rupert von Plottnitz den Frankfurter Oberlan-

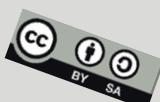
desgerichtspräsidenten Horst Henrichs auf den Vorsitz der IG-Metall-Untersuchungskommission. Bedenken der Opposition (damals Koch) blieben folgenlos. Henrichs ging an die Arbeit und kassierte 1,34 Millionen Mark. Die etablierten Parteien geben sich da also nichts. Je nachdem wer an der Macht ist, vergibt Aufträge sehr undurchsichtig, besetzt Posten mit persönlichen Freunden, die natürlich die „geeignetsten Bewerber“ darstellen oder hilft Bekannten bei deren Steuerproblemen aus der Patsche, wie es vor allem die CSU in Bayern gerade so schön demonstriert hat.

WEM DAS SCHADET? UNS ALLEN!

Den Auftrag bekommen vielleicht nicht die mit dem fairen Preis, sondern die, die einen Politiker am besten kennen. Als Ergebnis werden Steuergelder zum Fenster rausgeworfen. Durch die Förderung bestimmter Berufsgruppen wie den Hoteliers durch die FDP gehen der Allgemeinheit Millionen verloren und mit dem Versicherungsdeal, den Bundeskanzler Gerhard Schröder für seinen besten Kumpel Maschmeyer durchgewunken hat, werden die Bürger nachgerade beschummelt.

Deswegen fordern wir Piraten maximale Transparenz bei politischen Entscheidungen. Die Bürger sollen lückenlos wissen dürfen, wer bei welchen Entscheidungen und Auftragsvergaben mitgewirkt hat und wer davon profitiert. Nur wenn wir den Politikern gemeinsam auf die Finger sehen und ihnen ihre privaten Deals nicht durchgehen lassen, dann können wir alle sicher sein, dass es auf lange Sicht der Bürger ist, für dessen Rechte eingetreten wird.

IMPRESSUM



Kaperbrief - Piratenzeitung
ISSN: 2191-3056

1. Auflage 2013, Ausgabe Hessen

Herausgeber:
Piratenpartei Hessen
Seehofstraße 5
60594 Frankfurt am Main

Internet: www.kaperbrief.org

Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion:
Pascal Anstötz,
Thumay Karbalai Assad,
Stefan Gerecke,
Elias Jagoda,
Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.)
Satz: Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyleft:

Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

UNSERE LISTE FÜR DIE

#1 VOLKER BERKHOUT

Wirtschaftsingenieur | Kassel

Schwerpunkte: Grund- und Bürgerrechte, Energiepolitik

„Unsere Themen Grundrechte, Teilhabe und der Umgang mit Wissen und Information werden die Zukunft dieser Gesellschaft entscheidend prägen. Wir brauchen ange-sichts der Schere zwischen Arm und Reich dringend neue Ideen, um die gesellschaftliche Teilhabe und demokrati-sche Mitbestimmung zu erweitern.“



#2 HERBERT RUSCHE

Rentner, Geschäftsführer | Frankfurt am Main

Schwerpunkte: Denken und Handeln in Zusammenhängen, Politik mit und für Menschen

„Die Piratenpartei muss in den Bundestag einziehen, weil sich dort endlich wieder eine neue und unabhängige Generation mit den Themen der Zeit beschäftigen sollte.“



#3 MARKUS DRENGER

Student Informatik | Darmstadt

Schwerpunkte: OpenGovernment, Innenpolitik, Immaterialgüterrecht

„Die Piratenpartei muss in den Bundestag einziehen, damit Transparenz, Bürgerbeteiligung und Netzpolitik keine Randthemen bleiben.“



#4 BJÖRN NIKLAS SEMRAU

Student Politikwissenschaft & Geschichte | Darmstadt

Schwerpunkte: Außenpolitik, Europa, Transparenter Staat

„Die Piratenpartei muss in den Bundestag einziehen, um die Rechte der Bürger zu schützen und weil nur wir Piraten die Fragen nach den neuen Herausforderungen und Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts beantworten können.“



BUNDESTAGSWAHLEN

#5 VECIH YASANER

Philologe | Dietzenbach

Schwerpunkte: Menschenrechte, Migration, Asyl- und Flüchtlingspolitik

„Die Piratenpartei muss in den Bundestag einziehen, weil Piraten für Erneuerung stehen.“



#6 KATRIN HILGER

PR-Angestellte | Frankfurt am Main

Schwerpunkte: Netzpolitik, Datenschutz, Bürgerrechte

„Ich verstehe die Aufgabe der Piraten darin, Politik zu vereinfachen und für jeden begreifbar zu machen, mit dem Vorurteil aufzuräumen, man müsse Spezialist sein, um sich mit Politik zu befassen. Nicht nur alle vier Jahre ein Kreuz, sondern mehr Abstimmungen!“



#7 CHRISTOPH STELTNER

Arzt | Marburg an der Lahn

Schwerpunkte: Gesundheit, Demokratische Teilhabe, Transparenz

„Die Piratenpartei muss in den Bundestag einziehen, um die klassischen Muster der derzeitigen Parteienpolitik aufzubrechen, um einen frischen Wind und neue, innovative Ideen in den parlamentarischen Alltag einzubringen.“



#8 CARMELITO BAUER

Student | Marburg an der Lahn

Schwerpunkte: Jugend-/Familien-/Frauenpolitik, Bildungspolitik, Basisdemokratie

„Die Piratenpartei muss in den Bundestag einziehen, weil Mitbestimmung und Teilhabe in den anderen Parteien bloße Lippenbekenntnisse sind.“



#9 HERBERT FÖRSTER

Kaufmann | Frankfurt am Main

Schwerpunkte: Inneres, Landwirtschaft, Nahrungsmittelsicherheit

„Die Piratenpartei muss in den Bundestag einziehen, damit endlich mehr für das Recht der Bürger auf gesicherte, unbelastete Ernährung getan wird und verbraucherrelevante Informationen zu Produkt und Produktion transparent veröffentlicht werden.“



Piratenpartei Deutschland
Landesverband Hessen
Aufnahmeantrag



Name, Vorname

Geburtsdatum¹

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon²

E-Mail^{2,4}

Nationalität³

1 Das Mindestalter liegt bei 16 Jahren.

2 Optional

3 Deutsche Staatsangehörigkeit ist **nicht** notwendig.

4 Unsere Kommunikation läuft hauptsächlich über E-Mail.

Ein funktionierendes Postfach ist angeraten.

Ich will Pirat werden! Mit meiner Unterschrift beantrage ich meine Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland. Ich erkläre, meine Beiträge gemäß der Finanzordnung zu zahlen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 48 Euro/Jahr. Darüber hinaus wird ein freiwilliger Beitrag in Höhe von 1% des Nettojahresgehalts empfohlen.

Mein Mitgliedsbeitrag soll _____ Euro/Jahr betragen.

Mit der Antragsstellung erkenne ich die Satzung der zuständigen Gliederungen in Ihrer jeweils gültigen Fassung an und bestätige, dass mein Antrag in der Vergangenheit noch von keiner anderen Gliederung der Piratenpartei abgelehnt wurde.

Datenschutzerklärung

Die Piratenpartei Deutschland verarbeitet die in diesem Aufnahmeantrag enthaltenen Angaben zur Person für ausschließlich interne Zwecke der Partei. Nach § 4 des Bundesdatenschutzgesetzes bedarf dies einer vorherigen schriftlichen Einwilligung, die gleichzeitig mit dem Antrag auf Mitgliedschaft in der Piratenpartei erteilt wird. Es wird zugesichert, dass die Daten unter strikter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verarbeitet werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Unterschrift des Erziehungsberechtigten,
sofern bei Antragsstellung noch nicht volljährig:

Unterschrift

Antrag auf Mitgliedschaft bei den Jungen Piraten e.V. (Optional)

Ich bin maximal 27 Jahre alt und möchte als Pirat auch die Jungen Piraten e.V. durch meinen Beitritt unterstützen. Ich erteile mit diesem Antrag die nach § 4 des Bundesdatenschutzgesetzes notwendige Einwilligung, dass die in diesem Formular gemachten Angaben an die Jungen Piraten e.V. übermittelt und ausschließlich für diese Zwecke verarbeitet werden dürfen. Die Jungen Piraten e.V. werden sich dann mit dem Antragsteller in Verbindung setzen.

Bitte per FAX an: 069 – 175 367 439

Postanschrift:
Piratenpartei Hessen
Postfach 900502
60445 Frankfurt / Main

Bankverbindung:
Piratenpartei Hessen, Konto Nr. 6004 334 400,
GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ: 430 609 67,
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE42 430 609 67 6004 334 400

Vorstand:
Thumay Karbalai Assad (Vorsitzender),
Kristos Thingilouthis, Lothar Krauß,
Kristof Zerbe, Sascha Brandhoff